



Rede 1. Mai 2018, Biel

**Corrado Pardini, Mitglied Geschäftsleitung Unia, Sektor Industrie / Nationalrat SP Bern**

(Es gilt das gesprochene Wort)

## **Die Frauen.**

### **10 Jahre Krise. 100 Jahre Generalstreik.**

Liebe Freunde, und heute besonders: chères amies

Cela fait plaisir de vous revoir toutes et tous. Ich komme besonders gerne zurück nach Biel, in die rebellische Arbeiter- und Arbeiterinnenstadt. Als Gewerkschafter habe ich von Euch viel gelernt. Zum Beispiel, dass die Arbeitenden meist besser wissen als die Manager und Finanzhaie, was gut und richtig ist, für die Arbeit und die Produktion und die Wirtschaft überhaupt. Das war eine gute Schule. Man möchte eigentlich jedem Gewerkschafter, jeder Gewerkschafterin ein paar Jahre Biel wünschen.

In Rom und Athen, in Paris und Chicago, in Yokohama und Buenos Aires tun heute viele Menschen genau das, was wir tun. Denn wir teilen, weltweit, etwas Fundamentales: Das Wissen, dass Unterdrückung und Ausbeutung menschengemacht sind. Dass daran nichts natürlich oder zwangsläufig ist. Der Mensch ist nicht des Menschen Wolf. Ganz im Gegenteil. Wir wissen, dass wir zu Solidarität und Empathie begabt sind. Wir mussten das nicht erst durch die neusten Hirnforschungen erfahren, weil jede und jeder von uns es schon getan und erlebt hat. Solidarisch zu sein, ist befreiend. Ein Fest fürs Leben. Wir wollen und wir können die Verhältnisse besser und gerechter einrichten.

Toute l'histoire de l'humanité et l'histoire de la lutte impitoyable entre ces deux forces: De notre côté **l'émancipation de l'homme et de la femme** des contraintes matérielles, de la misère et de l'exploitation, la lutte pour une justice sociale, pour la liberté, nos droits et pour une vie digne. Ce qui inclut le droit au temps libre, à la formation et à la culture.

De l'autre côté les forces de la soumission, de l'ordre, du profit, de la concentration des richesses, de la guerre et de l'inégalité des chances.

Dieses Ringen zwischen den beiden grossen Kräften der Menschengeschichte ist nicht entschieden. Es wogt hin und her. Von Zeit zu Zeit spitzt es sich zu und wird akut. **Heute, hundert Jahre nach dem Generalstreik, erleben wir gerade eine dramatische Zuspitzung.**

Das ist keine 1. Mai-Floskel. Daran ist nichts abstrakt. Denken wir nur an die unerträgliche Tatsache, dass Frauen für ihre Arbeit und oft sogar dieselbe Arbeit wie die Männer immer noch schlechter bezahlt werden. Unternehmen, die das tun, handeln illegal und verstossen gegen die Verfassung. Seit Jahrzehnten. Lohn- und Chancenungleichheit verstossen gegen Menschenrecht, weil sie eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sind. Sie ist einfach nur obszön. Darum ist

Lohnleichheit kein Frauenanliegen. Wir sind am Ende unserer Geduld: Diese Obszönität gehört endlich und sofort ausgeräumt. Könnte sich heute jemand vorstellen, dass Frauen kein Stimmrecht haben? Absurd. Genauso absurd sind ungleiche Löhne.

Dabei kann es nicht sein, dass einzelne Frauen gegen ihren Arbeitgeber klagen müssen. Der Staat muss es in die Hand nehmen. Ungleiche Löhne und andere Formen der Diskriminierung müssen als Officialdelikt behandelt werden. Andere Länder tun dies gerade. Warum sollte die Schweiz das anders halten?

Das Unerträgliche dieser Diskriminierung ist symptomatisch für die Zuspitzung der gesellschaftlichen Konflikte. Schon ein schneller Blick auf die lange Liste der Auseinandersetzungen, die wir führen, **die wir führen müssen**, macht uns deutlich, **wie kritisch dieses Jahr für unsere Errungenschaften** ist.

- Ueli Maurer, Ueli, der Knecht der Superreichen, will trotz klarem Nein des Volkes den Unternehmen und Aktionären viele Milliarden Steuern schenken. Wie Merz es schon mit dem Unternehmenssteuerreform II getan hat. Maurer will uns täuschen. Statt Unternehmenssteuerreform III nennt er den Abbau Steuerreform 17. Sind wir blöd? Nein, sind wir nicht. Wir zeigen es dem Bundesrat mit dem Referendum.
- Weil der Bundesrat und der Kanton ihren Job nicht tun, müssen wir mit einer Volksinitiative gegen das Lohndumping von Unternehmern vorgehen, die ihre Aufträge an ganze Ketten von Subunternehmen weiterreichen. Sie wissen genau, was sie tun. Wenn sie einen Auftrag zu Tiefpreisen anbieten, wissen sie, dass am Ende der Kette Leute für 8 Franken die Stunde ungeschützt schweissen, Eisen legen, Waren rumkarren etc.
- Mit einem Volksvorschlag müssen wir verhindern, dass die soziale Solidarität weiter zerstört wird. Wir wollen eine wirksame Sozialhilfe. Wir lassen uns nicht gegen die sozial Schwächeren ausspielen. Viele, die Sozialhilfe brauchen, arbeiten voll. Ein Wirtschaftssystem, in dem man von seinem Lohn nicht leben kann, hat jede Legitimität verloren.
- Die Regierung hat private Sozialspritzen beschlossen. Unterscheidet alle das Referendum!
- Mit dem Referendum gegen das Polizeigesetz müssen wir gegen den Abbau unserer demokratischen Rechte zusammenstehen, gegen die wachsende Repression und den Schnüffelstaat.
- Mit der 99-Prozent-Initiative bekämpfen wir die Tatsache, dass das oberste Prozent, das auch in der Schweiz mehr besitzt als die halbe Gesellschaft, immer weniger zu den Aufgaben der Gemeinschaft beiträgt. Zinsen und Dividenden müssen besteuert werden.

Und dabei haben wir noch nichts über Miet- und Bodenspekulation, irrsinnige Krankenkassenprämien, über Kriegsmaterialexporte und die Konzernverantwortungsinitiative, den absurden Personalabbau bei Post und Swisscom für höhere Gewinne und einiges mehr gesagt.

Das ist der Ort, wo wir stehen. Mitten in einer grossen Auseinandersetzung um die Zukunft des Landes. Wenn heute landauf landab der Generalstreik von 1918 in 1. Mai-Reden besungen wird, ist das schon richtig. Er hat die Schweiz verändert. Etwa jener 12. November, als die Arbeiterinnen und Arbeiter die Omega-Fabrik aufbrachen, um den Streik durchzusetzen oder der Tag darauf, als die Eisenbahner die Militärzüge in Twann stoppten. Als die Militärs dann zu Fuss in Biel eintrafen, stellten sie als Erstes ein Maschinengewehr auf und die Bourgeois schickten Bürgerwehren auf Patrouillen.

Doch aus der Geschichte sollte man lernen. Zum Beispiel, dass man einen Landesstreik auch zu früh abbrechen kann. Oder dass man sich nicht leichtfertig in Machtstrukturen einbinden lassen

sollte. Und, was noch wichtiger ist: Die Errungenschaften, die man bei grossen Konflikten gewinnt, **müssen immer wieder neu erkämpft werden**. Auf 1918, die Weltwirtschaftskrise, folgten die Friedensabkommen und ein paar Jahrzehnte sozialer Kompromiss, immer mehr Wohlstand und gute GAV. Nur ist heute in vielen Köpfen, auch in den Gewerkschaften und in der SP, immer noch nicht angekommen, dass dieser contrat social Mitte der 1980er Jahre von den Besitzenden sukzessive aufgekündigt wurde. Das zeigt sich etwa darin, dass die Produktivitätsfortschritte nur noch zu kleinen Teilen weitergegeben wurden und die Gewinne der Aktionäre exorbitant stiegen.

Seither ist es unsere Aufgabe als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, den sozialen Fortschritt zu sichern und auszubauen, indem wir immer wieder neu starke Kräfteverhältnisse bauen. Ich habe das vor ein paar Jahren die **konfliktuelle Sozialpartnerschaft** genannt.

Es ist nett, aber naiv, zu glauben, es gebe keinen fundamentalen Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit. **Wir sitzen nicht im gleichen Boot**. Sozialer Friede ist gut. Er dient allen. Aber seine Grundlage ist unsere Fähigkeit als Gewerkschaften, den sozialen Fortschritt durchzusetzen. Wir sind keine Bittsteller, wir sind die Mehrheit, die den Wert schafft. Einiges haben wir erreicht, etwa höhere Löhne für die tiefsten Lohnklassen. Und wir haben einiges verhindert, mit den Mitteln der direkten Demokratie. Aber für die verschärften Auseinandersetzungen der neuen Zeit müssen wir uns mental und organisationsmässig noch besser aufstellen.

Un chiffre le démontre de façon éclatante : Depuis 1980 le petit pourcent le plus riche a confisqué 27% des nouvelles richesses produites. Une centaine d'économiste autour de Thomas Piketty a validé cette analyse en 2017. C'est le plus grand vol avec violence de l'histoire de l'humanité. Pire: Depuis le début de la grande crise capitaliste, il y a dix ans, le même 1 pourcent le plus riche a volé, aux Etats-Unis et dans certains pays européens, jusqu'à 75% du nouveau produit de notre travail. Ce qui explique largement les inégalités criantes et rapidement croissantes en Occident.

Anders gesagt: Seit dem Zusammenbruch der Finanzmärkte 2008 und der darauf folgenden Weltwirtschaftswirren, ist daraus eine politische Krise geworden. Mit grossen und kleinen Trumps, rechten Nationalisten und Rassisten.

Vor zehn Jahren, als die grosse Weltwirtschaftskrise begann, wäre der richtige Moment gewesen, auf die Gewerkschaften zu hören. Hätte man die Löhne erhöht, wären wir mit einer starken Inlandnachfrage schneller aus der Krise gekommen. Hätte der Bundesrat, wie wir gefordert haben, die Nationalbank gezwungen, den überteuren Franken abzuschwächen, würden heute in der Industrie mindestens **100'000 Menschen mehr arbeiten**. Der Maschinen-, aber auch der Uhrenindustrie ginge es besser. Das zeigen vergleichende Studien, unter anderem der HSG, mit Deutschland. Hätte man den ökosozialen Umbau angestossen und eine innovative Investitionspolitik gemacht, wären wir heute für die Digitalisierung fit. Doch heute bleiben die Investitionen auf historisch schwächstem Niveau. Für 2019 sieht das Seco schon wieder ein abnehmendes Wachstum voraus.

Doch statt ein wenig mehr Gerechtigkeit in die Wirtschaft zu bringen, die Macht der Banken zu brechen und die digitale Revolution energisch für bessere Arbeit, mehr freie Zeit und die Entfaltung des Menschen zu nutzen, zum Beispiel mit einer grossen Bildungsoffensive, machen die Schweizer Patrons und ihre Politiker die alte neoliberale Politik – nur noch krasser.

Darum macht die Schweiz bei der rasant wachsenden Ungleichheit keine Ausnahme. Der Besitz konzentriert sich in immer weniger Händen. Das Vermögen der Familie Blocher etwa ist in kurzer Zeit von 7,5 auf über 11 Milliarden Franken gewachsen. Der CEO der Krisenbank Crédit Suisse hat

in 8 Jahren 100 Millionen abkassiert. Und die Lohnspanne in den 40 grössten Unternehmen ist auf 1 zu 165 gewachsen. In zwei Arbeitstagen kassieren Spitzenmanager, wofür die Basismitarbeiter mehr als ein Jahr schufteten müssen.

So stehen die Dinge. Nicht Klage und Gejammer ist mein Sinn, wenn ich das sage. Es geht nur darum, die Zeichen der Zeit richtig zu lesen. Ungleichheit macht Gesellschaften ärmer, kränker und krimineller. Sie bremst die Innovation. Vor allem aber richtet sie Verheerungen in den Köpfen an. Nicht der Reichtum der Wenigen ist störend, sondern die Armut an Lebenschancen für die Vielen. Wir sind Teil jener Kraft der Geschichte, die die Emanzipation und die Entfaltung des Menschen vorantreiben will. Aber können junge Menschen sich nicht mehr in die Zukunft denken, und müssen ältere Menschen um ihre Sicherheit bangen, **hat eine Gesellschaft ihre Zukunft schon hinter sich.**

Wir erleben gerade, wie ein gesellschaftliches Modell von Demokratie und sozialem Ausgleich zerbricht. Leicht zu erkennen ist das nicht, weil wir mittendrin stehen. Aber es ist ohne Zweifel ein Moment, der an uns Gewerkschaften neue und grosse Herausforderungen stellt.

Denn die rechte Mehrheit von SVP und FDP glaubt, dass dies der Moment sei, grosse Ernte zu halten. Also den Service public und die soziale Sicherheit zu zerschlagen und noch grössere Teile des Volkseinkommens an sich zu reissen.

Unsere Aufgabe, liebe Freundinnen und Freunde, besteht darin, diesen Irrsinn zu beenden.

Wir wissen, wohin es gehen muss. Richtung Gerechtigkeit, ökologischer Umbau, soziale Digitalisierung und mehr Chancen für alle.

Wir Gewerkschaften tun das nicht mit grossen Worten, sondern mit konkreten Vorschlägen, viel Handwerk und harter Verhandlung. Etwa um eine Berufspassarelle für Ältere einzuführen. Doch wir sollten zwei Dinge bedenken: Erstens kommt den Gewerkschaften in diesen Zeiten eine wachsende Bedeutung zu. Und zweitens dürfte die Auseinandersetzung um Rückverteilung und Gerechtigkeit ein harter Gang werden. Nur steckt darin auch eine gute Nachricht: Die Frage, wie wir künftig leben und arbeiten wollen, ist nun offener denn je gestellt. Und ich weiss, dass **wir zusammen** die richtigen Antworten finden werden.

Heute ist unser Tag. Lasst uns feiern!